

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **25.09.2017** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-HFV/009

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 18:25 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:25 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 18:25 Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzender**

Sund, Björn

**Mitglied/Mitglieder**

Braun, Hartmut - bis TOP 7, 18.10 Uhr -  
Dreeskornfeld, Thomas  
Hinz, Gerald  
Kirstein, Lukas  
Pollehn, Armin  
Schulz, Kurt-Ulrich  
Wichmann, Christiane

**stellv. Mitglied/Mitglieder**

Fleischmann, Michael - bis TOP 8, 18.20 Uhr -

**Beratende/s Mitglied/er**

Rainer, Joachim-Roland  
Waldeck, Jürgen

**Bürgermeister**

Baxmann, Alfred - bis TOP 7, 18.10 Uhr -

**Verwaltung**

Gawert, Ulrike  
Hammermeister, Lars  
Philipps, Lutz  
Vierke, Silke  
Voutta, Jens

**TAGESORDNUNG**

**Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 14.08.2017

3. Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 3.1. Mitteilung - Neufassung der KomHKVO - § 63 Abs. 1 KomHKVO Übergangsregelung zum Sammelposten  
Vorlage: 2017 0365
  - 3.2. Arbeitsschutz Bauhof  
Vorlage: 2017 0327
  - 3.3. Mitteilung - Zusammenstellung von Daten aus den Jahresrechnungen 2016 (Haushaltsstrukturdaten)  
Vorlage: 2017 0347
4. Ergänzung § 18 der Geschäftsordnung - Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.08.2017 -  
Vorlage: 2017 0337
5. Öffentliche Teile der Ratssitzungen im Internet übertragen;  
- Antrag DIE LINKE vom 05.05.2017 -  
Vorlage: 2017 0240
6. Jahresabschluss zum 31.12.2014  
Vorlage: 2017 0323
7. Jahresabschluss zum 31.12.2014 - Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage: 2017 0324
8. Richtlinie zur Anwendung des optionalen Widerspruchsverfahrens nach § 80 Abs. 3 Niedersächsisches Justizgesetz (NJG)  
Vorlage: 2017 0356
9. Anregungen an die Verwaltung
10. Anfragen laut Geschäftsordnung
  - 10.1. Auslagerung der Telefonzentrale nach Uetzer Muster  
Vorlage: 2017 0330
  - 10.2. Einrichtung einer Beschlusskontrolle im Ratsinformationssystem  
Vorlage: 2017 0333

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Sund** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde in der diesem Protokoll vorangestellten Form ein-  
stimmig beschlossen.

**2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 14.08.2017**

---

Das Protokoll über die Sitzung am 14.08.2017 wurde einstimmig beschlossen.

**3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Philipps** wies die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die Verwaltung gehalten sei, unter Beachtung der Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gemäß § 12 Abs. 1 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) vor Beschluss von Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung die wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln. Das bedeute, dass vor Beginn einer Baumaßnahme – hier der erneute Neubau einer Gudrun-Pausewang-Grundschule – eine Untersuchung dahingehend stattfinden müsse, ob ein Neubau oder eine Sanierung des Bestandsgebäudes die wirtschaftlichste Lösung sei.

**Herr Baxmann** wies darauf hin, dass es hier nicht darum gehe, den politischen Beschluss zum Neubau der GP-GS zurückzunehmen, sondern aus haushaltsrechtlicher Sicht die notwendige Überprüfung durchzuführen.

**3.1. Mitteilung - Neufassung der KomHKVO - § 63 Abs. 1 KomHKVO Übergangsregelung zum Sammelposten  
Vorlage: 2017 0365**

---

Nach kurzer Erläuterung durch **Herrn Hammermeister** wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**3.2. Arbeitsschutz Bauhof  
Vorlage: 2017 0327**

---

**Frau Vierke** wies darauf hin, dass zwischenzeitlich eine Begehung beider Bauhöfe stattgefunden habe. Die Erkenntnisse aus den Begehungen werden in einer neuen Vorlage zusammengefasst, die dann im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau beraten werde.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**3.3. Mitteilung - Zusammenstellung von Daten aus den Jahresrechnungen 2016 (Haushaltsstrukturdaten)  
Vorlage: 2017 0347**

---

**Herr Hinz** wies darauf hin, dass die Stadt Barsinghausen mittlerweile sogar einen Überschuss erwirtschaften konnte. Da Barsinghausen etwa vergleich-

bar mit Burgdorf sei, erkundigte er sich, warum dort ca. 3 Mio. € weniger an Personalkosten angefallen seien.

**Herr Baxmann** erläuterte, dass Barsinghausen z.B. kein eigenes Jugendamt unterhalte. Außerdem müsse beachtet werden, ob es sich bei den Kindertagesstätten um eigene oder an freie Träger vergebene handele. Von daher sei ein Vergleich der Personalkosten nur bedingt möglich.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**4. Ergänzung § 18 der Geschäftsordnung - Antrag der CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Burgdorf vom 22.08.2017 - Vorlage: 2017 0337**

---

**Herr Dreeskornfeld** begründete noch einmal den von der CDU/FDP-Gruppe gestellten Antrag zur Änderung des § 18 der Geschäftsordnung für den Rat.

**Frau Vierke** wies darauf hin, dass das in Burgdorf praktizierte Verfahren niedersachsenweit so üblich wäre. Eine Änderung der Geschäftsordnung würde dazu führen, dass die Protokolle nicht mehr zeitnah im Bürgerinformationsportal zur Verfügung stehen würden.

Mit 1 Ja-, 5 Neinstimmen sowie 3 Enthaltungen wurde der Antrag **abgelehnt**.

**5. Öffentliche Teile der Ratssitzungen im Internet übertragen; - Antrag DIE LINKE vom 05.05.2017 - Vorlage: 2017 0240**

---

**Herr Fleischmann** begründete seinen Antrag und wies darauf hin, dass z.B. in der Stadt Essen dieses Verfahren bereits seit längerem praktiziert werde.

Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag mit 1 Ja- sowie 8 Neinstimmen **abgelehnt**.

**6. Jahresabschluss zum 31.12.2014 Vorlage: 2017 0323**

---

**Herr Hinz** erkundigte sich bei Herrn Voutta, worin die Beanstandung zur Fenstersanierung des Rathauses I bestehe.

**Herr Voutta** beantwortete die Frage dahingehend, dass vom RPA beanstandet wurde, dass die von der Denkmalschutzbehörde geforderte aufwendige Sanierung durchgeführt wurde, obwohl seiner Ansicht nach gleichwertige Fenster in Holz nach den Denkmalschutzvorschriften Genüge getan hätten. Der der Stadt Burgdorf hierdurch entstandene Schaden müsse nach Vorliegen aller Schlussrechnungen noch ermittelt werden und wird voraussichtlich im Schlussbericht zur Jahresrechnung 2016 aufgeführt.

Mit 4 Jastimmen, 1 Neinstimme sowie 4 Enthaltungen fasste der Ausschuss

folgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Rat nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der Stadt Burgdorf zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:**

- 1. Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) den Jahresabschluss des Jahres 2014.** Mit dem Beschluss über den Jahresabschluss stimmt er gleichzeitig den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2014, die über 10.000 € liegen und die bisher nicht nach § 58 Abs. 1 Ziff. 9 u. § 117 Abs. 1 NKomVG genehmigt worden sind, nachträglich zu. Darüber hinaus nimmt er die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2014 bis 10.000 € (bei denen die Zuständigkeit gem. § 117 NKomVG i. V. m. § 6 der Haushaltssatzung 2014 beim Bürgermeister lag) zur Kenntnis.
- 2. Der Überschuss der Ergebnisrechnung 2014 in Höhe von 1.427.133,60 € wird zur anteiligen Deckung der vorgetragenen Fehlbeträge aus Vorjahren verwendet.**

**7. Jahresabschluss zum 31.12.2014 - Entlastung des Bürgermeisters  
Vorlage: 2017 0324**

---

**Herr Baxmann** nahm während der Beratung dieses Tagesordnungspunktes im Zuschauerraum Platz.

Mit 4 Jastimmen, 1 Neinstimme sowie 4 Enthaltungen fasste der Ausschuss folgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Rat erteilt dem Bürgermeister gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 NKomVG für das Haushaltsjahr 2014 die Entlastung.**

**8. Richtlinie zur Anwendung des optionalen Widerspruchsverfahrens nach § 80 Abs. 3 Niedersächsisches Justizgesetz (NJG)  
Vorlage: 2017 0356**

---

**Frau Vierke** erklärte, dass ihr keine Verwaltung bekannt sei, die das Verfahren wieder eingeführt hätte.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasste einstimmig folgenden

### **Beschlussvorschlag:**

**Die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügte Richtlinie zur Anwendung des optionalen Widerspruchsverfahrens nach § 80 Abs. 3 Niedersächsisches Justizgesetz (NJG) wird beschlossen.**

## **9. Anregungen an die Verwaltung**

---

**Frau Wichmann** wies darauf hin, dass sie auf ihre e-mail bezüglich der Richtlinien zu Fördermaßnahmen noch keine Mitteilung erhalten hätte. Dieses wurde von **Frau Vierke** kurzfristig zugesagt.

**Herr Schulz** bat darum, im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport am 26.09.2017 Informationen zur Weiterführung der Förderschule (Prinzhornschule) zu geben.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Pollehn** darum, auch Informationen zur Wasserwerksschule zu geben.

## **10. Anfragen laut Geschäftsordnung**

---

### **10.1. Auslagerung der Telefonzentrale nach Uetzer Muster Vorlage: 2017 0330**

---

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt

### **10.2. Einrichtung einer Beschlusskontrolle im Ratsinformationssystem Vorlage: 2017 0333**

---

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt.

### **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer